

# Antragsheft zur Kreismitgliederver- sammlung am 29.11.2025

## **A1: Einrichtung jugendpoliti- sche\*r Sprecher\*in im Kreis- verband**

*Gestellt von der Linksjugend ['solid] Ober-  
land*

Die Kreismitgliederversammlung möge be-  
schließen:

1. Im Kreisvorstand gibt es zukünftig neben Sprecher\*innen, Kreisschatzmeister\*in und Beisitzern, eine\*n jugendpoliti-  
sche\*n Sprecher\*in, der/die dediziert von der Kreismitgliederversammlung ge-  
wählt wird.
2. Der/die jugendpolitisch\*e Sprecher\*in ist dadurch bei der Gesamtgröße des Vor-  
stands zu berücksichtigen.
3. Wählbar ist ausschließlich, wer seit min-  
destens sechs (6) Wochen aktives Mit-  
glied der Linksjugend ['solid] im Kreis-  
verband ist.
4. Die\*der jugendpolitische Sprecher\*in
  - a. vertritt die Belange junger Men-  
schen und der Linksjugend im  
Kreisverband,
  - b. bringt Jugendperspektiven proak-  
tiv in Vorstandsbeschlüsse, Kam-  
pagnen, Pressearbeit und Bünd-  
nisse ein,
  - c. koordiniert die Zusammenarbeit  
zwischen Linksjugend, Kreisvor-  
stand und Arbeitsgemeinschaften  
(inkl. regelmäßiger Rückspra-  
chen),
5. Die Linksjugend ['solid] Basisgruppen im  
Kreisverband geben einen gemeinsamen  
Vorschlag zur Wahl ab.
6. Dieser Beschluss tritt mit Annahme in  
Kraft. Der Kreisvorstand setzt die organi-  
satorischen Schritte unverzüglich um.

## **Begründung:**

Fragen von Ausbil-  
dung, BAföG, Wohnen,  
Mobilität, Klima, Ras-  
sismus, Antifaschis-  
mus, Mangel an psy-  
chotherapeutischer Unterstützung und  
Queer-Rechten prägen unmittelbar den All-  
tag junger Menschen im Landkreis. Damit  
diese Perspektiven kontinuierlich und früh-  
zeitig in der politischen Arbeit des Kreisver-  
bands berücksichtigt werden, braucht es  
eine klar benannte, dauerhaft verankerte Zu-  
ständigkeit im Vorstand.

**Die Linke**

Kreisverband  
Oberland

## **A2: Unterstützung des Auf- rufs "Für eine neue Prostitu- tionspolitik der Linken"**

*Gestellt vom Landkreisverband Landsberg*

Der Kreisverband Oberland möge beschlie-  
ßen: Wir sehen Prostitution als Ausdruck pa-  
triarchaler, kapitalistischer und rassistischer  
Machtverhältnisse an. Als Linke stehen wir  
für Selbstbestimmung über den eigenen  
Körper, die keinen wirtschaftlichen und  
sonstigen Zwängen unterliegen darf. Freie,  
lustvolle Sexualität, Gleichberechtigung der  
Geschlechter und ein Leben in Sicherheit  
und Würde für alle Menschen sind mit Pros-  
titation unvereinbar. Daher schließen wir  
uns dem Aufruf des Netzwerkes „Linke für  
eine Welt ohne Prostitution“ (siehe Anhang  
1) an. Unsere Begründung steht am Ende.

## **Anhang 1: Aufruf "Für eine neue Prostitutionspolitik der LINKEN" (2020)**

Deutschland ist zum Bordell Europas gewor-  
den. Während Nachbarländer daran arbei-  
ten, Prostitution und Menschenhandel einzu-  
dämmen, sind bei uns die Möglichkeiten für  
die Profiteure grenzenlos. Den Löwenanteil  
der Erträge streichen Bordellbetreiber, Zu-  
hälter und Menschenhändler ein.

Die Hoffnungen auf eine „saubere“ Prostitu-  
tion mit sozialversicherungspflichtigen  
Arbeitsplätzen und gewerkschaftlich organi-  
sierten Frauen / Menschen in der Prostitu-

tion, mit denen die neoliberale Prostitutionsreform 2002 verkauft wurde, sind endgültig verfliegen. Die Prostitution ist und bleibt eine Institution brutaler Ausbeutung.

Patriarchale Herrschaft beinhaltet von alters her die Verfügung von Männern über die Körper der Frauen. Die Prostitution ist eine Art letzte Bastion. Nur im Bordell können Männer noch ungestraft ein einseitiges „Recht auf Sex“ einfordern und willkürlich über Frauenkörper verfügen. Die Institution der Prostitution ist mit der Menschenwürde (GG Art. 1) unvereinbar.

Wir, Mitglieder, FunktionsträgerInnen und Gliederungen der LINKEN, betrachten Prostitution als Ausdruck patriarchalischer Gewalt- und Herrschaftsverhältnisse, die wir überwinden wollen. Wir wollen in einer Welt ohne Prostitution leben!

In der Präambel zum Programm der LINKEN heißt es: „Wir halten an dem Menschheitstraum fest, dass eine bessere Welt möglich ist. (...) Wir kämpfen für eine Gesellschaft, in der kein Kind in Armut aufwachsen muss, in der alle Menschen selbstbestimmt in Frieden, Würde und sozialer Sicherheit leben und die gesellschaftlichen Verhältnisse demokratisch gestalten können.“ In einem so verstandenen demokratischen Sozialismus kann es keine Prostitution geben.

DIE LINKE braucht eine Prostitutionspolitik, die ihrem Streben nach Gleichberechtigung der Frauen, sexueller Selbstbestimmung und sozialer Gerechtigkeit angemessen ist. Wir fordern deshalb, dass DIE LINKE sich unmissverständlich die Überwindung der Prostitution zum Ziel macht!

Es gilt, die Frauen/Menschen in der Prostitution zu schützen und individuell zu unterstützen, andererseits den Prostitutionsmarkt einzuschränken und die Profitmöglichkeiten zu reduzieren. Wichtig ist, den akzeptierenden Ansatz gegenüber den betroffenen Menschen mit einer kritischen Haltung zur Prostitution an sich zu verbinden.

Forderungen der LINKEN an den Gesetzgeber müssen werden:

- Keine Kriminalisierung und Ausbeutung von Frauen / Menschen in der Prostitution: Keine Bußgelder, keine Zwangsmaßnahmen gegen Frauen / Menschen in der Prostitution. Kommunale Sexsteuern gehören abgeschafft.
- Verbot von Bordellen und Zuhälterei: Jeglicher Profit durch die Prostitution anderer ist zu kriminalisieren. Menschenhandel ist konsequent zu ahnden.
- Sexkaufverbot nach schwedischem Beispiel: Freier üben sexualisierte Gewalt aus. Dagegen sind Bußgelder und im Wiederholungsfall Gefängnisstrafen einzuführen.
- Bessere Hilfs- und Ausstiegsangebote:
  - ⇒ Kostenlose, freiwillige Gesundheits- und Rechtsberatungen durch die Gesundheitsämter und auf Wunsch kostenlose ärztliche Untersuchungen, auch ohne Pass oder Krankenversicherung
  - ⇒ Bezahlbare Krankenversicherungstarife (ohne Aufschlag für die Tätigkeit in der Prostitution)
  - ⇒ Unterstützung beim (Wieder-)Einstieg in den Arbeitsmarkt (Weiterbildungen/Nachholen eines Schulabschlusses/Ausbildungsabschlusses oder andere individuell zugeschnittene Angebote)
  - ⇒ Vorhalten von Schutzwohnungen und wenn nötig Öffnung der Frauenhäuser für den betroffenen Personenkreis
  - ⇒ Sicherstellung des Zugangs zu traumapsychologischen Angeboten und zu Sprachkursen
  - ⇒ Langfristige Bleibeperspektive für alle Betroffenen unabhängig von Aussagebereitschaft in Gerichtsverfahren; keine Abschiebungen
- Schulung öffentlich Beschäftigter: Alle, die mit Prostitution zu tun haben (z.B. Polizei, Gesundheitsamt, Finanzamt) brauchen Fortbildungen über die Lebensbedingungen der Menschen in der Prostitution, über Menschenhandel und Trauma. Kommunen brauchen geschulte

**Die Linke**

Kreisverband  
Oberland

SprachmittlerInnen. MitarbeiterInnen, die mit Betroffenen in Kontakt kommen, sollten über soziale Kompetenzen verfügen, um Schikanen gegen Frauen / Menschen in der Prostitution auszuschließen.

- Öffentliche Informationskampagnen und Aufklärung in Schulen: Es muss über Ursachen und Folgen der Prostitution aufgeklärt werden, um die Nachfrage nach Prostitution einzudämmen.
- Wir fordern von den Parteigliederungen und MandatsträgerInnen in Kommunalparlamenten, Land- und Bundestagsfraktionen die fraktionsübergreifende Empfehlung des Europäischen Parlamentes und die Empfehlung des Europarates zugunsten des so genannten Nordischen Modells endlich ernst zu nehmen und in die Programmatik zu übernehmen.

## **Begründung:**

In ganz Europa geht der Trend dahin, Prostitution als Gewalt gegen Frauen bzw. Betroffene und als unvereinbar mit der Gleichstellung der Geschlechter aufzufassen. Auch unsere europäischen Schwesterparteien in ihrer großen Mehrheit sehen in der Prostitution patriarchale und kapitalistische Machtverhältnisse und haben entsprechende Gesetzesänderung führend mit erkämpft.

Seit diesem Jahr hat die Debatte in Deutschland dazu wieder Fahrt aufgenommen und Die Linke will und muss sich daran beteiligen. Wir dürfen nicht wahrgenommen werden als Partei, die die Interessen der Freier / Sexkäufer und der Bordellbetreibenden vertritt. Wir sind die Partei der Unterdrückten, nicht der Unterdrücker. Es ist an der Zeit, dass wir uns dazu äußern.

Die AG „Gewaltschutz für Frauen“ des LKV Landsberg hat sich intensiv mit dem Thema auseinandergesetzt und im Rahmen einer Mitgliederversammlung des Landkreisverband einstimmig beschlossen, den Aufruf „Linke für eine Welt ohne Prostitution“ zu unterzeichnen. Wir rufen hiermit den Kreisverband auf, sich uns damit anzuschließen.

## **A3: Anschaffung von Ansteckmikrofon und Smartphone-Gimbal für die Social-Media Arbeit zur Kommunalwahl 2025**

**Die Linke**

Kreisverband  
Oberland

*Gestellt von der Linksjugend [solid] Oberland*

Die Kreismitgliederversammlung möge beschließen:

1. Anschaffung  
Der Kreisverband beschafft zur Unterstützung der gemeinsamen Social-Media-Arbeit im Vorfeld der Kommunalwahl im März 2025
  - a) ein Ansteckmikrofon und
  - b) einen Smartphone-Gimbal (3-Achsen-Stabilisierung).

Der hierfür notwendige Finanzrahmen wird auf bis zu 500€ festgelegt (einschließlich Zubehör wie Kabel/Adapter, Ersatzakku, Transporttasche).

2. Zweckbindung  
Die Geräte dienen primär der Social-Media-Produktion (Kurzvideos, Reels, O-Töne) der Linksjugend Oberland und des Kreisverbands DIE LINKE Oberland mit Schwerpunkt Kommunalwahl 2025 und anschließender regulärer Öffentlichkeitsarbeit.
3. Verwaltung & Verfügbarkeit  
Die Verwaltung (Lagerung, Pflege, Zubehör, Ausleihe, Terminvergabe) erfolgt durch die Linksjugend Oberland. Die Geräte stehen dem gesamten Kreisverband (Vorstand, Mandatsträger\*innen, Arbeitsgemeinschaften, Ortsverbände) bei Bedarf nach vorheriger Abstimmung zur Verfügung.

## **Begründung:**

Die Social-Media-Arbeit ist ein zentraler Hebel, um insbesondere junge Zielgruppen und politisch Interessierte im Oberland zu erreichen. Die Linksjugend Oberland hat in den letzten Monaten verlässlich Content produziert, Reichweiten gesteigert und The-

men sichtbar gemacht. Für den nächsten Schritt sind sauberer Ton und ruhige Bilder unerlässlich:

- ⇒ Ansteckmikrofon sorgt für verständliche O-Töne auch in lauter Umgebung;
- ⇒ Gimbal ermöglicht stabile, barrierearme Produktion von Reels, Interviews und Event-Berichten mit dem Smartphone.

Die gemeinsame Nutzung durch Linksjugend und Kreisverband maximiert den Output bei minimalen Kosten, schafft einheitliche Qualitätsstandards und reduziert Hürden (kein

Privatgerät nötig). Die Verwaltung durch die Linksjugend bündelt Kompetenz, Verfügbarkeit und Verantwortlichkeit. Mit Blick auf die Kommunalwahl März 2025 ist der zeitnahe Einsatz der Geräte ein wirkungsvoller Baustein unserer Kampagnenfähigkeit.

## **A4: Aufspaltung des Kreisverbands**

*Gestellt von Elisabeth Osiander*

Die Linke Kreisverband Oberland möge beschließen, dass sich der Kreisverband im Jahr 2026 in drei eigenständige Kreisverbände aufteilt:

- ⇒ Kreisverband Landsberg am Lech
- ⇒ Kreisverband Weilheim- Schongau/ Garmisch- Partenkirchen
- ⇒ Kreisverband Bad Tölz- Wolfratshausen/ Miesbach

Der Landesverband Bayern wird in diesen Prozess mit einbezogen, wir werden uns bezüglich des richtigen Zeitpunkts sowie aller weiterer Schritte intensiv beraten lassen.

## **Begründung:**

Ein Kreisverband, der aus 5 Landkreisen besteht, ist zu groß, um von einem ehrenamtlichen Kreisvorstand verwaltet zu werden. Durch den starken Mitgliederzuwachs, über den wir uns sehr freuen, umfasst der Kreisverband inzwischen über 250 Mitglieder.

Zum Glück haben sich inzwischen eigenständige Landkreisverbände mit eigenen Landkreissprecher\*innen gegründet, sodass die Arbeit an der Basis auf mehrere Schul-

tern verteilt ist. Jedoch laufen beim Kreisvorstand die Fäden zusammen, was für diesen einen sehr hohen Arbeitsaufwand darstellt, da wir die einzelnen Mitglieder gar nicht mehr kennen und den Überblick über die Arbeit in den einzelnen Landkreisen verlieren. Die Arbeit der Landkreissprecher\*innen wird dadurch entwertet, dass sie formal dem Kreisvorstand unterliegen, auch wenn dieser gar nicht in alle Vorgänge vor Ort involviert ist. Besonders die finanzielle Abhängigkeit erschwert die Arbeit vor Ort, aber gerade für den Kreisschatzmeister ist der große Verwaltungsaufwand eine massive Belastung. Im Wahlkampf hat sich exemplarisch gezeigt, wie schwierig es ist, zu einer gerechten Aufteilung des Budgets zu kommen.

Auch die Wahl von Delegierten für Parteitage und Vertreter\*innenversammlungen ist in einem so großen KV nicht zufriedenstellend zu lösen, da einzelne Landkreise niemand entsenden können.

Die weiten Wege zu Versammlungen sind oft ein Hindernis zu Versammlungen zu kommen.

Wir haben schon oft und viel über die Aufspaltungen gesprochen, jetzt sollten wir das auch endlich beschließen. Die einzelnen Gebiete, in denen die neuen KVs entstehen sollen, sind personell sehr gut aufgestellt, sodass hier engagierte Kreisvorstände gewählt werden können. Deshalb: Zögern wir nicht länger, denn jetzt ist der richtige Zeitpunkt für einen Schritt, der längst überfällig ist.

## **A5: Unterstützungsantrag zu „Nie wieder zu einem Völkermord schweigen“**

*Gestellt von der Linksjugend [‘solid] Oberland*

Die Kreismitgliederversammlung möge beschließen:

Der Kreisverband Oberland steht solidarisch mit der Linksjugend, den Antragsteller\*innen

**Die Linke**

Kreisverband  
Oberland

des Antrags auf dem Bundeskongress A12 - Nie wieder zu einem Völkermord schweigen, als auch den Teilnehmenden des Bundeskongresses.

Der Kreisverband sieht den Beschluss im Sinne einer pluralistischen Basisdemokratie als Teil der Meinungsbildung.

Der Kreisverband sieht die verbalen Angriffe aus Reihen der PdL als auch von der rechtskonservativen Presse, u.a. Springerpresse als nicht förderlich.

Der Kreisverband bekennt sich dazu, immer an der Seite der Unterdrückten zu stehen.

## **Begründung:**

Nach dem Bundeskongress der Linksjugend wurde gegen den angenommenen Antrag durch die Springerpresse als auch durch hohe Parteifunktionäre gegen die Linksjugend gehetzt und der Verband, sowie Genoss\*innen als antisemitisch diskreditiert. Der Antrag ist wichtig, um die Solidarität mit der eigenen Basis sowie der eigenen Jugendorganisation Linksjugend ['solid] Oberland zu bekunden.

## **A6: Diskursforum zu Palästina**

*Gestellt von der Linksjugend ['solid] Oberland und dem Kreisvorstand*

Die Kreismitgliederversammlung möge beschließen:

Der Kreisvorstand und der Sprecher\*innenrat der Linksjugend ['solid] Oberland sind beauftragt, ein Diskursforum zur Erarbeitung unserer Schlussfolgerungen aus der aktuellen Lage in Israel und Palästina sowie zur Entwicklung unserer Positionierung als Kreisverband durchzuführen. Die Veranstaltung(en) im Rahmen des Forums soll(en) im Januar oder Februar 2026 stattfinden.

Die Linksjugend ['solid] Oberland und der Kreisvorstand haben jeweils das Veto-Recht gegen die Veranstaltungskonzepte.

## **Begründung:**

Kaum eine andere Partei wird in ihrer Positionierung zum seit Generationen bestehenden Nahost-Konflikt

so genau beobachtet, wie Die Linke. Kaum ein anderes Thema hat uns intern so lange begleitet und zu so vielen Diskussionen geführt. Wir sehen heute die dramatische Zuspitzung der humanitären Lage in Gaza nach dem Hamas-Massaker vom 7. Oktober 2023 mit über 1.200 Toten in Israel und über 240 entführten Geiseln sowie der israelischen Militärreaktion, die nach aktuellen Schätzungen (Max-Planck-Institut) zu über 100.000 palästinensischen Toten geführt hat (die *International Association of Genocide Scholars* benennt es als einen Genozid - die Verhandlung vor dem Internationalen Gerichtshof läuft noch). Angesichts dieser Lage ist es tatsächlich nötiger denn je, dass wir als Partei gemeinsam eine klare und angemessene Position vertreten. Wir müssen Bildung zu den Fakten, der aktuellen Lage und ihrer Vorgeschichte vorantreiben. Darauf aufbauend müssen wir unsere Schlussfolgerungen und Forderungen diskutieren.

Deutschland ist eine Schlüsselfigur innerhalb der EU und anderer internationaler Organisationen, wenn es zum Beispiel um Fragen von Waffenlieferungen, humanitärer Hilfe oder diplomatischen Initiativen geht. Es ist unsere Pflicht als Partei, unsere Rolle in der Debatte in Deutschland wahrzunehmen - wir können Perspektiven einbringen, die für das Ende der humanitären Krise wichtig sind. Wir müssen dabei jedoch differenziert bleiben und effektiv handeln, sonst tragen wir zur politischen Isolation unserer Partei bei und können zu diesem Thema nicht mehr effektiv und glaubwürdig arbeiten. Ein wesentliches Hindernis für die friedliche Koexistenz beider Völker liegt darin, wie tief die Wunden unter Israelis und Palästinenser\*innen gehen und wie viel Vertrauen verloren gegangen ist.

Ohne einen organisierten, moderierten und faktenbasierten Austausch im Kreisverband können wir uns nicht effektiv einbringen. Wir müssen als Basis der Linken auch The-

**Die Linke**

Kreisverband  
Oberland

men der Bundespartei im Blick haben.

## **A7: I've been looking for FLINTA\*s**

*(Übersetzung: Ich habe nach FLINTA\*s geschaut)*

*Gestellt von Zasha Osswald, Tory Jade Reichmann und Jelka Georgousis*

Definition:

Zur Klarstellung der Definition "FLINTA":  
Das Akronym FLINTA steht für folgende Gruppen:

F = Frauen

L = Lesben

I = intergeschlechtliche Personen (Personen deren körperlichen Geschlechtsmerkmale nicht eindeutig dem männlichen oder weiblichen Geschlecht zugewiesen werden können.)

N = nicht-binäre Personen (Personen die sich nicht als Mann oder als Frau identifizieren. Hier wird der Begriff "nicht-binäre" als Sammelbegriffe verwendet. Er integriert auch andere nicht-binäre Identität wie zum Beispiel genderfluid oder demigender)

T = trans\* Personen (Personen deren bei der Geburt zugewiesenes Geschlecht nicht mit der Geschlechtsidentität übereinstimmt. Der Begriff Transsexualität ist veraltet, und sollte nicht verwendet werden, den es hat nichts mit Sexualität zu tun.)

A = agender (Personen die sich mit keinem Geschlecht identifizieren können.)

Beschlusslage

Die Kreismitgliederversammlung möge beschließen:

Für künftige Wahlen wird im Kreisverband Oberland aktiv nach FLINTA\*-Kandidaturen für die Spitzenkandidaturen gesucht.

FLINTA\*s werden sowohl in die Themensetzung für diesen, als auch bei zukünftige Wahlkämpfe proaktive Seitens der Verantwortlichen miteinbezogen.

Eigene Themen von FLINTA\*s für den Wahlkampf werden in der Ausarbeitung proaktive Seitens der Verantwortlichen einbezogen und als wichtige Thema für den Wahlkampf gesetzt.

Schaffung von Angeboten innerhalb der Partei, so dass FLINTA\*s aktiv an der Gestaltung der Partei mitwirken können. Der Kreisvorstand trägt die Verantwortung, dass eine Organisation der Angebote stattfindet.

**Die Linke**

Kreisverband  
Oberland

Der Kreisverband macht sich stark dafür, dass auch Personen mit dem Geschlechtseintrag "divers" auf der quotierten Liste antreten dürfen.

## **Begründung:**

Zur aktuellen Kommunalwahl 2025, sind alle Spitzenkandidat\*innen weiße cis-Männer. FLINTA\*s sind in den Spitzenkandidaturen überhaupt nicht repräsentiert. Gerade (gender-)queere Personen sind über die gesamten Wahllisten hinweg deutlich unterrepräsentiert.

Im aktuellen Prozess zur Findung von Kandidat\*innen wurden Themen von FLINTA\*s zu wenig bis gar nicht berücksichtigt, wodurch FLINTA\*-Kandidaturen ausblieben oder zurückgezogen wurden. Dies ist für eine Partei mit sozialistisch und (queer-)feministischen Werten nicht hinnehmbar und zeigt strukturelle Missstände auf.

Dem Kreisverband fehlt es zudem an einer gerechten Care-Arbeitverteilung, wodurch FLINTA\*s in der Ausübung ihrer politischen Tätigkeiten verhindert werden.

Insbesondere fehlt es an der Einbringung von Männern als auch dem Kreisverband (sowie den Unterstrukturen) in der Betreuung von Kindern.

Es sollte nicht Aufgabe von FLINTA-Personen sich fortlaufend für die eigenen Interessen einsetzen zu müssen. Im Sinn der Solidarität sollten Nichtbetroffene auch dann die Stimme erheben wenn dies FLINTA\*s nicht tun. Gerade weil Diskriminierung ein Mittel des Kapitals ist, um Spaltung in der Arbeiter\*innenklasse voran zu treiben, ist es wichtig dass Nichtbetroffene ihre Solidarität zu Betroffenen zum Ausdruck bringen. Den

nur so kann der Zusammenhalt in der Arbeiter\*innenklasse gestärkt werden.

Wir wollen dass die Partei mit sozialistisch und (queer-)feministischen Werten wahrgenommen wird. Daher ist es unabdingbar, FLINTA\*s mehr zu fördern. Insbesondere im ländlichen Raum, mangelt es an Anlaufstellen und queeren Safer Spaces. Wenn sich die Linke nicht diesen Themen und der Förderung von FLINTA\*s im ländlichen Raum annimmt, wird es keine andere Partei ernsthaft versuchen. Damit würden queere Menschen sich selbst überlassen werden.



Kreisverband  
Oberland

## **Die Internationale**

Wacht auf, Verdammte dieser Erde,  
die stets man noch zum Hunger zwingt!  
Das Recht wie Glut im Kraterherde  
nun mit Macht zum Durchbruch dringt.  
Reinen Tisch macht mit dem Bedränger!  
Heer der Sklaven, wache auf!  
Ein Nichts zu sein, tragt es nicht länger,  
alles zu werden, strömt zu häuf!

**Völker hört die Signale!  
Auf zum letzten Gefecht!  
Die Internationale  
erkämpft das Menschenrecht!**

Es rettet uns kein höh'res Wesen  
kein Gott, kein Kaiser, noch Tribun.  
Uns aus dem Unrecht zu erlösen,  
können wir nur selber tun!  
Leeres Wort: der Armen Rechte!  
Leeres Wort: der Reichen Pflicht!  
Unmündig nennt man uns und Knechte,  
dann tragt die Schmach nun länger  
nicht!

**Völker hört die Signale!  
Auf zum letzten Gefecht!  
Die Internationale  
erkämpft das Menschenrecht!**

In Stadt und Land, Ihr Arbeitsleute,  
wir sind die stärkste der Partei'n.  
Die Müssiggänger schiebt beiseite!  
Diese Welt muss unser sein;  
unser Blut sei nicht mehr Raben  
und der mächt'gen Geier Frass!  
Erst wenn wir sie vertrieben haben,  
dann scheint die Sonn' ohn' Unterlass!

**Völker hört die Signale!  
Auf zum letzten Gefecht!  
Die Internationale  
erkämpft das Menschenrecht!**

Text: Originaltext von 1871 in Französisch von Eugène Pottier

Musik von 1888 von Pierre Chrétien Degenyter

Deutscher Text 1910 von Emil Luckhardt aus dem Französischen übersetzt